



über die
1. Sitzung des Straßenverkehrsausschusses
am Dienstag, dem 21.03.2006
im Sitzungssaal II des Rathauses

Beginn: 16:30 Uhr
Ende: 18:30 Uhr

Anwesend

Ratsmitglieder SPD

Herr Robert Biedermann
Frau Britta Dreher
Frau Astrid Gube
Herr Michael Krause
Frau Ursula Müller
Herr Günter Stahlhut

Ratsmitglieder CDU

Frau Susanne Middendorf
Herr Franz Hugo Weber
Herr Wilfried Weigel

Sachkundige Bürger/Bürgerinnen SPD

Herr Wolfgang Gockel
Herr Hans-Jürgen Senne

Sachkundige Bürger/Bürgerinnen CDU

Herr Rainer Fuhrmann
Herr Martin Wilhelm

Sachk. Bürger/Bürgerinnen Bündnis 90/DIE GRÜNEN

Herr Hans-Peter Kaminski

Beratendes Mitglied BG

Herr Dieter Kloß

Sachverständige

Herr Manfred Böttcher
Herr Andreas Feld
Herr Manfred Grod
Herr Ulrich Lenz
Herr Norbert Mannke
Herr Wolfgang Schmücker
Herr Thomas Stoltefuß

Verwaltung

Herr Reiner Brüggemann
Herr Norbert Koßmann

Gäste

Herr Jürgen Breitbarth

entschuldigt fehlten:

Frau Ute Ebeler
Herr Uwe Frank
Herr Andreas Friedhoff
Herr Kaya Gercek
Herr Wilhelm Kemna
Herr Detlef Knop
Herr Karl-Adolf Schneider

Herr **Stahlhut** begrüßte die Anwesenden, stellte die ordnungsgemäße und fristgerechte Zustellung der Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest und eröffnete die Sitzung.

Vor Eintritt in die Tagesordnung nahm Herr Stahlhut die Verpflichtung des Sachverständigen für die Kreispolizeibehörde Unna, Herrn Thomas Stoltefuß, vor.

Die Aufnahme weiterer Tagesordnungspunkte ergab sich nicht.

A. Öffentlicher Teil

TOP	Bezeichnung des Tagesordnungspunktes	Vorlage
1	Verkehrsunfallstatistik 2005 der Kreispolizeibehörde Unna bezogen auf das Stadtgebiet Kamen hier: Sachstandsbericht Berichterstatter: Herr Polizeihauptkommissar Jürgen Breitbarth, Leiter der Polizeihauptwache Kamen	
2	Mögliche verstärkte Nutzung von Bundes- bzw. Landstraßen im innerstädtischen Bereich durch sogenannte "Mautpreller" hier: Bericht der Verwaltung	

3	Querungssituation auf der Lünener Straße (B 61) hier: Bericht der Verwaltung	
4	Gestaltung der Kreisverkehrsplätze im Zuge der Ortsdurchfahrt Heeren-Werve und auf der Westicker Straße / Königstraße sowie Westicker Straße / Germaniastraße hier: Bericht der Verwaltung	
5	Hinweisbeschilderung zum SportCentrum Kamen.Kaiserau	9/2006
6	Errichtung einer Hastsperre verbunden mit einer Zwangsführung auf dem Rad-/Fußweg der Hilsingstraße, nördlich der Einmündung der Mühlenstraße hier: Antrag der CDU-Fraktion vom 08.03.2006	
7	Sachstandsbericht Querungshilfen im Stadtteil Kamen-Heeren-Werve hier: Antrag der SPD-Fraktion vom 08.03.2006	
8	Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen	

A. Öffentlicher Teil

Zu TOP 1.

Verkehrsunfallstatistik 2005 der Kreispolizeibehörde Unna bezogen auf das Stadtgebiet Kamen
hier: Sachstandsbericht
Berichterstatte: Herr Polizeihauptkommissar Jürgen Breitbarth, Leiter der Polizeihauptwache Kamen

Der Leiter der Polizeihauptwache Kamen, Herr **Breitbarth**, präsentierte die Verkehrsunfallentwicklung im Bereich der Stadt Kamen im Jahre 2005 mittels Bildprojektion.

Bezüglich der Unfälle gemessen an den Einwohnerzahlen zeigte Herr **Brüggemann** sich erstaunt, dass der Kamener Anteil mit 17 % über dem der Städte Unna und Bergkamen liege, obwohl diese Kommunen höhere Einwohnerzahlen aufwiesen.

Er vermutete, dass diese Quote durch die hohe Verkehrsbelastung auf den überörtlichen Verkehrsbändern und durch die Autobahnanschlussstellen der A 1 bedingt sei.

Er verlas anschließend die durchschnittlichen täglichen Verkehrsstärken (Schnittwert aller Tage innerhalb eines Jahres, DTV-Wert) gemäß der Zählung 2000.

Sie lauten für die Lünener Straße, Werver Mark und Unnaer Straße wie folgt:

Lünener Straße:	16.150
Werver Mark:	11.900
Unnaer Straße / Nähe Kreuzung Zollpost:	32.440

Herr **Brüggemann** wies auf die besonders hohe Verkehrsbelastung der Unnaer Straße hin.

Herr **Breitbarth** bestätigte, dass eine hohe Verkehrsbelastung eine wachsende Zahl von Unfällen mit sich bringe. Für die Stadt Kamen komme die geographische Lage in der Mitte des Kreisgebietes (Nord-Süd-Verbindung bzw. Gegenrichtung) als verstärkendes Kriterium hinzu.

Für Bereiche mit erhöhtem Unfallaufkommen fragte Herr **Brüggemann**, ob diese in der demnächst anstehenden Unfallkommission erörtert würden.

Herr **Breitbarth** erwiderte, dass in der Unfallkommission die sog. „Unfallhäufungsstellen“ erörtert würden. Neben der Unfallträchtigkeit kämen hier weitere Kriterien wie z.B. der Schweregrad von Verletzten hinzu. Die Unfallhäufungsstellen würden vorab der Verwaltung gemeldet, damit anschließend in der Unfallkommission gemeinsam nach Abhilfemöglichkeiten gesucht werden könne.

Frau **Müller** verwies auf den Einmündungsbereich von Heerener Straße und Derner Straße, der mit 10 Unfällen im Jahre 2005 gezählt worden war. Sie fragte nach möglichen Gründen.

Herr **Brüggemann** teilte hierzu mit, dass der Straßenbelag im Einmündungsbereich überarbeitet werden müsse.

Von Herrn **Wilhelm** wurde dies bestätigt. Ferner war er der Auffassung, dass mit Blick auf die Einmündung der Derner Straße und den Friedhofseingang eine Geschwindigkeit von 50 km/h auf der Heerener Straße angemessen sei.

Die Frage von Herrn **Kloß**, wie die Polizei die Schadenshöhe ermittelt, wurde von Herrn **Breitbarth** dahingehend beantwortet, dass es sich um Einschätzungen der Bediensteten vor Ort handele.

Herr **Kaminski** fragte, ob auf der Lünener Straße in Höhe der Einfahrten zum Siemes-Schuhmarkt und zum Lidl-Einkaufsmarkt ein erhöhtes Unfallaufkommen zu beobachten sei.

Herr **Breitbarth** erwiderte, dass dies anhand von Protokollen gesondert geprüft werden müsse.
Die Bereiche seien aber eher unauffällig.

Herr **Böttcher** ergänzte hierzu, dass der weiter nördlich gelegene Kreuzungsbereich von Lintgehrstraße/Ludwig-Schröder-Straße/Weddinghofer Straße in Erscheinung getreten sei, nicht aber die Lünener Straße. Zwar hätten sich in jüngerer Vergangenheit auf der Lünener Straße 2 Unfälle mit je einem Getöteten und 1 Unfall mit einem Schwerverletzten ereignet, jedoch sei bei einem der Getöteten und dem Schwerverletzten Alkohol von nicht unbedeutendem Ausmaß mit ursächlich gewesen. Der weitere Todesfall ließe sich auf Unachtsamkeit zurückführen.

Auf die Anfrage von Herrn **Stahlhut**, warum in den letzten 6 Jahren die Zahl der Unfälle um 13 % gestiegen sei, erwiderte Herr **Breitbarth**, dass in diesem Zeitraum die Zahl der Kfz-Zulassungen erheblich gestiegen sei. Setze man die Zahl der Unfälle ins Verhältnis zu den inzwischen zugelassenen Kraftfahrzeugen, hätten sich die Unfälle mit Verletzten sogar rückläufig entwickelt.

Die von Herr Breitbarth vorgestellte Statistik ist dem Protokoll als Anlage beigelegt.

Zu TOP 2.

Mögliche verstärkte Nutzung von Bundes- bzw. Landstraßen im innerstädtischen Bereich durch sogenannte "Mautpreller"
hier: Bericht der Verwaltung

Die Verwaltung stellte mögliche Ausweichstrecken für den Bereich des Kamener Kreuzes mit den Bundesautobahnen A 1 und A 2 anhand einer Power-Point-Projektion vor.
Dabei wurde auch auf die zuvor ermittelten Längen der über Nebenstrecken zu fahrenden Umgehungen und die so ersparte Maut eingegangen.

Herr **Brüggemann** führte aus, dass potentielle Mautpreller in jedem Fall einen höheren Zeitaufwand anzusetzen hätten.
Betrachte man ein mögliches Umfahren der Bundesautobahnen unter betriebswirtschaftlichen Aspekten, würde der höhere Zeitaufwand und der Mehrverbrauch an Kraftstoff – für längere Fahrstrecken, öfteres Anfahren und Abbremsen an Lichtzeichenanlagen – die eingesparte Maut von durchschnittlich 1 € je Ausweichstrecke nicht rechtfertigen.

Diese Überlegungen machten es unwahrscheinlich, dass es zu Ausweichverkehren von der A 1 bzw. der A 2 im Bereich der Stadt Kamen komme.

Die Verwaltung werde trotzdem noch einmal Zählungen des Lkw-Verkehrs auf der Lünener Straße vornehmen, und zwar einmal vor Beginn der Fußball-Weltmeisterschaft (mit den zurzeit sich dort befindenden Baustellen) und ein zweites Mal während der Fußball-Weltmeisterschaft (Der Baustellenbetrieb ist dann eingestellt).

Aufgrund der gewonnenen Ergebnisse könnten Rückschlüsse auf den Anteil der Lastkraftwagen gezogen werden, die wegen vorhandener Staus die Bundesautobahnen verließen und eher eine Umgehungsstrecke führen.

Eine Kennzeichenverfolgung sei aufgrund der hohen personellen Anforderungen nicht machbar.

Im Übrigen müsse man auch sehen, dass die Zulassungen von Nutzfahrzeugen in den letzten 10 Jahren um ca. 20 % gestiegen seien. Subjektiv könne dadurch der Eindruck erweckt werden, dass es eine höhere Anzahl von „Mautprellern“ gebe.

Herr **Wilhelm** merkte an, dass seines Erachtens auch Quellverkehre aus den Industriegebieten Unna-Nord und Heeren-Werve, die zu den BAB-Auffahrten der A 2 in Bönen und der A 44 in Unna zu fahren beabsichtigen, den Weg über die B 233 wählen.

Er sehe erhebliche Mehrverkehre auf die Region zukommen, wenn sich im Industriegebiet Unna-Nord die Fa. Red-Parcel-Service ansiedelt. Er rechne mit einem Mehr von 300 – 400 Fahrzeugen.

Herr **Brüggemann** stellte klar, dass die Gewerbegebiete viele Arbeitsplätze in der Region anbieten und speziell die Ansiedlung der Fa. Red-Parcel-Service weitere Arbeitsplätze schaffen wird.

Da es sich bei den Straßen um überörtliche Verkehrsbänder handele, sei zu akzeptieren, dass die Unternehmen diese Fahrwege auch nutzen. Im Übrigen sei ihm erinnerlich, dass die Verkehrsproblematiken gesehen seien (siehe auch Anlage zum Schreiben an die Mitglieder des Straßenverkehrsausschusses vom 07.11.2005).

Herr **Wilhelm** stimmte diesen Ausführungen zu.

Er gab jedoch zu bedenken, dass bei Umleitungen von der Autobahnabfahrt der A 2 eine Verbesserung möglich wäre, wenn die U 32, wie vor 3 Jahren beantragt, verlegt würde.

Dies sei jedoch von der Stadt Unna abgelehnt worden.

Im Namen der SPD-Fraktion teilte Herr **Stahlhut** mit, dass seine Fraktion auf Grund der Darstellungen der Verwaltung nicht von einer größeren Anzahl von „Mautprellern“ im Gebiet der Stadt Kamen ausgingen.

Zu TOP 3.

Querungssituation auf der Lünener Straße (B 61)
hier: Bericht der Verwaltung

Eingangs wies Herr **Brüggemann** darauf hin, dass bereits in vergangenen Sitzungen des Straßenverkehrsausschusses die Lünener Straße thematisiert wurde.

Von der Verwaltung und der Polizeiinspektion Nord sind erneut die Verkehrs- und Querungssituationen auf der Lünener Straße untersucht worden. Diesbezüglich fand am 02. März 2006 ein Ortstermin statt, an dem 2 Vertreter des Landesbetriebes Straßenbau NRW, je 1 Vertreter des Straßenverkehrsamtes des Kreises Unna, der Kreispolizeibehörde Unna, der Polizeiinspektion Nord und der hiesigen Verwaltung teilnahmen.

Während des Ortstermins wurde die Lünener Straße vom Ortseingang bis zur Kreuzung mit der Hochstraße begutachtet, insbesondere an Unfallstellen bzw. den Einmündungsbereichen „Mausegatt“, „Herbert-Wehner-Straße“ und „Weddinghofer Straße“.

Gleichzeitig wurden anhand der Beobachtungen und der Unfallstatistik Überlegungen angestellt, ob über die zwei vorhandenen Querungshilfen (Einmündung Weddinghofer Straße und Einmündung Herbert-Wehner-Straße) hinaus die Einrichtung weiterer Querungshilfen angezeigt ist.

Da die nach den entsprechenden Richtlinien notwendige Anzahl von Querungen schon augenscheinlich nicht erreicht würde, sahen die Verkehrssachverständigen im genannten Bereich der Lünener Straße keine Möglichkeit für weitere Optimierungsmaßnahmen.

Herr **Kaminski** stellte die Frage, ob nicht durch die Errichtung einer Querungshilfe an der Einmündung der Lintgehrstraße eine Reduzierung der Geschwindigkeiten von Verkehrsteilnehmern erreicht werden könne.

Dieses verneinte Herr **Brüggemann**, da sich die Verkehrssachverständigen, wie gerade vorgetragen, eindeutig gegen die Errichtung weiterer Querungshilfen ausgesprochen hätten.

Zu TOP 4.

Gestaltung der Kreisverkehrsplätze im Zuge der Ortsdurchfahrt Heeren-Werve und auf der Westicker Straße / Königstraße sowie Westicker Straße / Germaniastraße

hier: Bericht der Verwaltung

Die Verwaltung ging eingangs auf die Gestaltung der Kreisverkehre in Kamen-Methler ein.

Die Planungen zur Gestaltung des Kreisverkehrs Westicker Straße / Germaniastraße sahen vor, in der Mitte der Kreisinsel einen hochstämmigen Baum ohne ausladende Krone zu pflanzen. Dadurch werde großer Laubanfall im Herbst vermieden, welcher insbesondere Zweiradfahrer in der Verkehrssicherheit beeinträchtige.

Es sei geplant, den Baum solitär zu pflanzen, umgeben von Sträuchern, Gras und Sandbruchsteine.

Zumindest für diesen Sommer sei beabsichtigt, rot- und gelbblühende Rosen zu pflanzen, um die Farben Spaniens mit der im SportCentrum Kamen.Kaiserau weilenden spanischen Nationalmannschaft aufzugreifen.

Herr **Brüggemann** gab bekannt, dass die Gestaltung des Kreisverkehrs Westicker Straße / Königstraße ähnlich erfolgen solle.

Auch hier sei an einen mittig positionierten Baum gedacht, neben dem Sandbruchsteine aufgestellt werden sollen. Die Bepflanzung solle mit Sträuchern, Blumen und Bodendeckern erfolgen.

Zur Gestaltung des Kreisverkehrs an der Kreuzung Mühlhauser Straße / Südfeld / Werver Mark sei durch den Vorsitzenden des landwirtschaftlichen Ortsvereins angeregt worden, in Anlehnung an die lange landwirtschaftliche Tradition Exponate aus der Landwirtschaft in den Kreisverkehr einzutragen. Das und andere Vorschläge sei in Abstimmung mit dem anregenden Landwirtschlussendlich verworfen worden. Es sei nicht auszuschließen, dass landwirtschaftliches Gerät auch Kinder im Kreiselinneren zum Spielen animiere. Auch ließe sich das ursprüngliche Angebot der Landfrauen, die Pflege des Kreisverkehrs zu übernehmen, nicht realisieren.

In der Weiterentwicklung der ursprünglichen Idee, diesem Kreisverkehr ein besonderes Gestaltungselement zu geben, ist dann gemeinsam als Identifikationsmerkmal für den Stadtteil Heeren-Werve das Aufstellen des „Ein-horns“ besprochen und vorgeschlagen worden.

Ausgebildet werden soll dieses „Einhorn“ als Vollplastik, auf einem Pilonen aus Edelstahl stehend in einem Bronzeguss. Die Kulturstiftung der Städt. Sparkasse Kamen habe sich bereit erklärt, einen Zuschuss zu zahlen. Der Kreisverkehr wird zusätzlich mit Sträuchern und Bodendeckern gestaltet.

Bei der Gestaltung des größeren Kreisverkehrs im Kreuzungsbereich Heerener Straße / Leningser Straße / Werver Mark sei an die Aufstellung von hochstämmigen kleinkronigen Bäumen gedacht, ebenfalls von blühenden Sträuchern umgeben. Dieser Kreisverkehr werde von einem aufwändigen Grünanteil geprägt. Die Ortsdurchfahrt Heeren-Werve trage ansonsten wenig grün. Es sei beabsichtigt, das Kreiselinnere beider Kreisverkehre in etwa zeitgleich mit der Fertigstellung der Baumaßnahme in der Ortsdurchfahrt Heeren-Werve zu gestalten.

Bezüglich der Gestaltungen der Kreisverkehre in Methler sei geplant, diese mit Blick auf die Fußballweltmeisterschaft und die Unterbringung der spanischen Nationalmannschaft im Stadtteil in nächster Zeit vorzunehmen.

Herr **Stahlhut** merkte an, dass eine intensive Bepflanzung mit Blumen zwar wünschenswert, aber nicht finanzierbar sei. Dennoch habe die Verwaltung diese Überlegungen mitgenommen.

Er sei dankbar dafür, dass es nun doch zu einer vertretbaren Bepflanzung mit Rosen komme.

Von daher würden die von der Verwaltung vorgestellten Planungen begrüßt. Das gelte insbesondere auch für die neue Gestaltung des bereits seit einigen Jahren fertiggestellten Kreisverkehrs Kreuzung Germaniastraße / Westicker Straße. Über den bisherigen Gestaltungs- und Pflegezustand sei man nicht glücklich gewesen.

An die Sachverständigen der Polizei richtete er die Frage, wie von dort die augenblickliche Ausgestaltung des Kreisverkehrs Westicker Straße / Königstraße mit Findlingen beurteilt werde.

Herr **Böttcher** erwiderte, dass man unmittelbar nach Fertigstellung eines Kreisverkehrs und vor Ausgestaltung der Kreisinsel beobachten könne, dass einige Fahrzeuge über die sich wenig vom Kreisverkehr abhebende Mittelinsel führen. Um dies zu vermeiden, würden teilweise von den Straßenbaulastträgern zunächst Findlinge in die Kreisinsel positioniert.

Frau **Middendorf** begrüßte die Gestaltungsvorschläge der Verwaltung. Zum Aufstellen von Findlingen war sie allerdings der Meinung, dass kleinere Steine zu bevorzugen wären, um bei Fahrfehlern erhebliche Sach- und Personenschäden zu vermeiden.

Von der Verwaltung wurde eine entsprechende Überprüfung zugesagt.

Hinweis: In einer nachgehenden Besprechung mit dem Baubetriebshof werde vereinbart, dass die Steine so angeordnet werden, dass sie bei Fahrfehlern möglichst nicht in der verlängerten „Bremslinie“ liegen.

Zu TOP 5.
9/2006

Hinweisbeschilderung zum SportCentrum Kamen.Kaiserau

Herr **Stahlhut** vertrat die Auffassung, dass die zukünftige Ausschilderung und die sich daraus ergebenden Synergieeffekte als wichtiger Marketingfaktor für die Stadt Kamen gesehen werden müsste.

In diesem Zusammenhang ging Herr **Kloß** auf die Graffiti-Beschmutzungen auf Verkehrszeichen und Hinweisschildern in Kamen-Methler ein. Er schlug vor, die Zeichen höher aufzuständern, damit sie von den Sprüher nicht mehr erreicht werden könnten.

Zu TOP 6.

Errichtung einer Hastsperre verbunden mit einer Zwangsführung auf dem Rad-/Fußweg der Hilsingstraße, nördlich der Einmündung der Mühlenstraße
hier: Antrag der CDU-Fraktion vom 08.03.2006

Für die antragstellende CDU-Fraktion führte Herr **Fuhrmann** aus, dass seine Fraktion den Antrag aufgrund mehrerer Verkehrsunfälle mit Radfahrbeteiligung gestellt habe.

In dem genannten Bereich sei für Radfahrer der Rad-/Fußweg in beide Fahrtrichtungen geöffnet worden.

Durch die Mauer eines landwirtschaftlichen Betriebes sei die Sicht in Richtung Lünener Straße eingeschränkt. Weiterhin werde der gegenüber der Einmündung der Mühlenstraße aufgestellte Verkehrsspiegel von Kfz-Führern zu wenig beachtet.

Neben der Errichtung von Hastsperrern werde eine Zwangsführung empfohlen, da ansonsten Radfahrer auf die Fahrbahn ausweichen könnten.

Herr **Brüggemann** teilte mit, dass bereits in der Vergangenheit eine breite Rotauflage aufmarkiert und ein Verkehrsspiegel aufgestellt worden sei. Die Errichtung einer Hastsperrre und die Aufstellung von Verkehrszeichen, die sich nur an Radfahrer richten würden, sei zu befürworten. Ob auch eine Zwangsführung entlang der Fahrbahn errichtet werden könne, müsse anhand der vorhandenen Breite des Rad-/Gehweges geprüft werden. Die Verwaltung werde die Maßnahmen soweit als möglich umsetzen, sofern der Ausschuss dem nicht widerspreche.

Herr **Stahlhut** erklärte, die SPD-Fraktion werde dem Antrag zustimmen.

Zu TOP 7.

Sachstandsbericht Querungshilfen im Stadtteil Kamen-Heeren-Werve
hier: Antrag der SPD-Fraktion vom 08.03.2006

Bezüglich der Errichtung einer Fußgängerschutzinsel auf der Straße „Werwer Mark“ in Höhe der Einmündung der Hermann-Löns-Straße teilte die Verwaltung mit, dass während der Präsentation der Maßnahmen in der Ortsdurchfahrt in Heeren-Werve im Mai 2004 vom Landesbetrieb Straßenbau NW eine Prüfung zugesagt worden sei, obwohl diese Querungshilfe außerhalb des Maßnahmebereiches liege.

Vor dem Hintergrund von Nachfragen habe die Verwaltung mit dem Landesbetrieb Kontakt zur Darlegung des aktuellen Sachstandes aufgenommen. Der Landesbetrieb habe mitgeteilt, dass er nach wie vor Willens sei, die Querungshilfe einzurichten. Bei Überprüfung in der Örtlichkeit sei jedoch festgestellt worden, dass die notwendige Verbreiterung der Fahrbahn, um eine jeweilige Fahrbahnbreite von 3,50 m zu behalten, in den westlichen Bereich hinein nicht möglich sei. Dort sei vor Jahren auf Empfehlungen der Unfallkommission ein gegenläufiger Radweg eingerichtet und abgegrenzt worden. Für eine deswegen notwendige Erweiterung in Richtung Osten hätten die Geländeeigentümer die Flächenbereitstellung signalisiert, indessen sei aber festgestellt worden, dass seitwärts der Fahrbahn großvolumige Versorgungsleitungen lägen, deren Überbauung nach aktuellem Stand schwierig sei. Der Landesbetrieb werde jedoch nach rechtlichen und technischen Möglichkeiten suchen, um die Fußgängerschutzinsel doch noch realisieren zu können. Das sei jedoch abhängig von dem zu betreibenden technischen und finanziellen Aufwand.

Die Verwaltung werde diesbezüglich mit dem Landesbetrieb im Gespräch bleiben und dem Ausschuss entsprechend Bericht erstatten.

Zur Errichtung einer Querungshilfe auf der Heerener Straße in Höhe der Bushaltestelle am Friedhofseingang teilte Herr **Brüggemann** Folgendes mit:

Die Errichtung einer Fußgängerschutzinsel in diesem Bereich sei vom Landesbetrieb Straßenbau NW nach Vornahme von Ortsterminen und einer Zählung des querenden Fußgängerverkehrs und der Kfz-Menge im gleichen Zeitraum abgelehnt worden.

Die gezählten Fußgängerquerungen erreichten bei weitem nicht die in den Richtlinien geforderten Vorgaben.

Weiterhin lehne der Landesbetrieb die Errichtung einer Fußgängerschutzinsel durch die Stadt Kamen ab.

Eine Realisierung sei ohne Einverständnis des Straßenbaulastträgers nicht möglich.

Frau **Müller** bemerkte hierzu, dass diese Mitteilungen tatsächlich kein Anlass zur Freude seien. Bzgl. Anlegung der Fußgängerschutzinsel auf der Werver Mark hoffe sie, dass sich hier noch eine Lösung finde und die Querungshilfe angelegt werde.

Die Ablehnung der Errichtung einer Fußgängerschutzinsel auf der Heerener Straße sei bedauernswert, weil in dem Bereich der Bushaltestelle Schüler der weiterführenden Schulen, Friedhofsbesucher und Radfahrer, welche vom Wohngebiet um die Straßen In der Bredde / Rosenstraße kämen, die Heerener Straße querten.

Ferner wies sie darauf hin, dass auf der Münsterstraße eine Fußgängerschutzinsel außerhalb der Ortsdurchfahrt im Bereich einer Bushaltestelle errichtet worden sei.

Dieser Bereich sei vergleichbar mit der Situation auf der Heerener Straße. Die Verwaltung solle mit Hinweis auf diese Querungshilfe nochmals mit dem Landesbetrieb Kontakt aufnehmen, um möglicherweise doch die Errichtung einer Fußgängerschutzinsel realisiert zu bekommen. Im Übrigen könne in diesem Zusammenhang mit Blick auf das Unfallaufkommen am Einmündungsbereich der Derner Straße um eine Geschwindigkeitsbegrenzung auf 50 km/h vom Ortsausgangsschild bis zur Einmündung der Derner Straße gebeten werden.

Frau **Middendorf** merkte hierzu an, dass in dem in Rede stehenden Bereich der Münsterstraße eine Geschwindigkeitsbegrenzung auf 50 km/h angeordnet sei.

Herr **Brüggemann** verlas daraufhin die Zählungsergebnisse, die ausschlaggebend für die Ablehnung des Antrags durch den Landesbetrieb waren. So querten in der Zeit von 7 – 8 Uhr 14 Fußgänger den Bereich, wobei davon auszugehen ist, dass es sich bei 12 Personen um Schüler von weiterführenden Schulen handelte. Gleichzeitig befuhren fast 1000 Kfz den Bereich. Die höchste Querungszahl von Fußgängern wurde in der Zeit zwischen 9 und 10 Uhr erreicht, in der 18 Fußgänger gezählt wurden, bei einer gleichzeitigen Belastung von 750 Kraftfahrzeugen.

In diesem Zusammenhang betonte er nochmals, dass ohne Zustimmung des Landesbetriebes keine Fußgängerschutzinsel errichtet werden könne.

Auf die Geschwindigkeitsbegrenzung eingehend trug Herr Brüggemann vor, dass die Verwaltung ebenfalls seit Jahren für den genannten Bereich eine Geschwindigkeitsbegrenzung auf 50 km/h für sinnvoll halte, dies sei den Mitgliedern des Straßenverkehrsausschusses auch bekannt. Vom Landesbetrieb sei indes ein solcher Wunsch bisher stets abgelehnt worden.

Herr Brüggemann sagte zu, die Errichtung der Fußgängerschutzinsel und die angeordnete Geschwindigkeitsbegrenzung auf 50 km/h auf der Münsterstraße zu überprüfen.

Falls die Situation dort mit der auf der Heerener Straße vergleichbar sei, werde man nochmals mit dem Landesbetrieb Gespräche mit dem Ziel der Errichtung einer Fußgängerschutzinsel führen.

Herr **Stahlhut** bat die Verwaltung, die Mitglieder des Straßenverkehrsausschusses hierüber zu unterrichten.

Zu TOP 8.

Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen

8.1 Mitteilungen der Verwaltung

8.1.1 Herr **Brüggemann** trug vor, dass in der Sitzung des Straßenverkehrsausschusses am 01.03.2005 unter TOP 3 von der Fachfirma ein Bericht über die veränderten Phasenschaltungen der Lichtzeichenanlagen auf der Unnaer Straße (B 233) von der Kreuzung Zollpost bis zur Kreuzung Kamen Karree / Schattweg erstattet worden sei.

Zu diesem Bericht sei von Herrn Feld angemerkt worden, dass durch die neuen Umlaufzeiten die Busse der VKU, die von Unna in Richtung Kamen-Zentrum und umgekehrt fahren, seitdem an der Kreuzung Kamen Karree / Schattweg längere Wartezeiten hätten.

Von der Verwaltung war daraufhin sofort für Mitte März 2005 ein Gespräch mit Vertretern des Landesbetriebes, der Fachfirma, der Polizei und der VKU unter Beteiligung des Fachbereiches Recht, Ordnung, Feuerwehr und Rettungsdienst einberufen worden, um Lösungen zu erörtern.

Bei diesen Erörterungen sei auch über eine Optimierung des Radverkehrs gesprochen worden.

Vom Landesbetrieb seien daraufhin Zählungen an allen in Frage kommenden Verkehrsästen vorgenommen und der Fachfirma zugeleitet worden.

Anhand dieser Zählergebnisse wurden weitere Überprüfungen vorgenommen.

Von einem vom Landesbetrieb beauftragten Ingenieurbüro sollen nun anhand der vorliegenden Unterlagen Signalpläne mit dem Ziel von Verbesserungen für den ÖPNV und den Radverkehr erstellt werden.

Herr **Koßmann** ergänzte, dass der Landesbetrieb zur Verbesserung der Situation für Radfahrer die Fachfirma in der 11. Kalenderwoche beauftragt habe, die Signalisierung der Rechtsabbiegespur vom Schattweg in die Unnaer Straße (Fahrtrichtung Kamen) radfahrerfreundlicher zu gestalten.

Es werde dann dem Fußgänger-/ Radverkehr Grünlicht angezeigt, wenn für den Kfz-Verkehr Rotlicht signalisiert werde.

Wie eine Überprüfung der Verwaltung ergab, ist die genannte Phasenveränderung bereits vorgenommen worden.

Von dem beauftragten Ingenieurbüro werden weitere Möglichkeiten einer Optimierung für den Rad-/Fußgängerverkehr überprüft.

In diesem Zusammenhang habe der Landesbetrieb jedoch betont, dass Optimierungsmaßnahmen für den Rad-/Fußgängerverkehr jedoch nicht zu Lasten des Kfz-Verkehrs durchgeführt würden. Stauungen auf den Autobahnen, den Autobahnabfahrten und auf der B 233 müssten auf jeden Fall vermieden werden.

- 8.1.2 Die Verwaltung unterrichtete die Mitglieder des Straßenverkehrsausschusses über den Sachstand bezüglich der Errichtung eines Informationssystems im Stadtgebiet Kamen. Sie teilte mit, dass die Infovitrien bis Mitte März 2006 aufgestellt und am 20.03.2006 mit den Stadtplänen bestückt worden seien. Mit den an die Mitglieder des Straßenverkehrsausschusses verteilten „Hand-Outs“ würden zurzeit die sich an den Infovitrien befindlichen Boxen bestückt.

Frau **Middendorf** bemerkte, dass in den „Hand-Outs“ demnächst der Hinweis auf das Hotel Rieder entfernt werden müsse, da das Hotel aller Wahrscheinlichkeit nach im Sommer abgerissen werde.

Die Verwaltung erklärte, dies und andere Änderungen bei der Neuauflage zu berücksichtigen. Ebenfalls sei vorgesehen, die Rückseite der „Hand-Outs“ künftig für Werbezwecke zu nutzen.

- 8.1.3 Herr **Koßmann** teilte mit, dass ein Anwohner und ein Fahrer eines Paketdienstes sich über parkende Fahrzeuge im Grünen Weg beklagt hätten und daher wünschten, dass im gesamten Straßenverlauf ein absolutes Haltverbot ausgeschildert werden sollte. Die Situation sei daraufhin von der Polizeiinspektion Nord und mehreren Fachbereichen der Verwaltung überprüft worden.

Bei der Straße „Grüner Weg“ handle es sich um eine historische Straße, bei deren Anlegung nicht die heutige Haltdichte von Fahrzeugen Berücksichtigung gefunden habe. Die Fahrbahnbreite betrage nur 4,75 m.

Kraftfahrzeuge würden in der Regel auf den Privatgrundstücken geparkt, wobei durch gesetzliche Regelung nicht vor bzw. gegenüber den Einfahrten geparkt werden dürfe. Fußgängern und passierenden Kraftfahrzeugen stünden insofern genügend Verkehrsfläche zur Verfügung.

Fahrzeugführer, die beabsichtigten, ihre Kraftfahrzeuge dennoch im eigentlichen Verkehrsraum zu parken, hätten zu beachten, dass die von der Straßenverkehrsordnung vorgeschriebene Mindestbreite der Fahrbahn von 3,05 m erhalten bliebe. Anderenfalls wäre das Parken unzulässig.

Angesichts der allen Verkehrsteilnehmern obliegenden Verpflichtung, die Vorgaben der StVO eigenverantwortlich umzusetzen, würden örtliche Anordnungen von Verkehrszeichen nur dort getroffen, wo dies aufgrund von besonderen Umständen zwingend geboten sei.

Es sei nach dem Grundsatz, so wenig Verkehrszeichen wie möglich, zu verfahren.

Dahinein greife auch der seinerzeit gefasste Beschluss des Straßenverkehrsausschusses zur Reduzierung von Verkehrszeichen.

Die Verwaltung beabsichtige daher, dem o.g. Wunsch nicht zu folgen. Im Übrigen sei beabsichtigt, die Anwohner per Handzettel zu unterrichten und zu bitten, so nah wie möglich zum Fahrbahnrand zu parken und Zufahrten frei zu halten.

Die Mitglieder des Straßenverkehrsausschusses hatten bezüglich dieser Vorgehensweise keine Einwände.

8.2 Anfragen

- 8.2.1 Herr **Weigel** unterrichtete die Mitglieder des Straßenverkehrsausschusses darüber, dass ab der vergangenen Woche entlang der Hochstraße/Unnaer Straße von einer Privatfirma groß angelegte Abholzungen vorgenommen würden, die noch andauern.

Dabei sei ihm aufgefallen, dass seltenere Holzarten, wie Eschen, gesondert sortiert würden.

Ferner befürchte er, dass möglicherweise die Abholzungen nicht nur auf öffentlicher Fläche, sondern auch auf Privatgelände stattfinden könnten.

Er bat die Verwaltung um Überprüfung.

Die Verwaltung sagte eine zeitnahe Beantwortung zu.

- 8.2.2 Herr **Kaminski** wies auf eine seines Erachtens vor längerer Zeit gestellte Anfrage bezüglich Überprüfung der Schaltung der Lichtzeichenanlage im Kreuzungsbereich Hochstraße / Lünener Straße / Westring hin und fragte an, ob hier eine Überprüfung stattgefunden habe.
- Eine entsprechende Anfrage sei seinerzeit auch von der CDU-Fraktion gestellt worden.

In diesem Zusammenhang schlug er den Mitgliedern des Straßenverkehrsausschusses vor, dort einen Ortstermin vorzunehmen.

Herr **Brüggemann** entgegnete, dass ihm erinnerlich sei, in dieser Angelegenheit bereits des Öfteren berichtet zu haben. Ebenso sei die Angelegenheit auch der Unfallkommission vorgetragen worden. Falls Herr Kaminski einen Ortstermin wünsche, könne er die Mitglieder des Straßenverkehrsausschusses einladen. Jeder könne dann selbst entscheiden, ob er der Einladung folgen wolle. Ansonsten werde zum jetzigen Protokoll eine Anlage erstellt, die die bisherige Berichterstattung wiedergebe.

Herr **Weigel** merkte hierzu an, dass er diese Vorgehensweise für ausreichend halte.

Herr **Kaminski** warf ein, dass eine Veränderung der Schaltungen möglich sein müsse.

Herr **Brüggemann** erklärte, die Verwaltung bearbeite jede sachliche Anregung und sei an Verbesserungen interessiert. Bei Bedarf beteilige sie externe Verkehrssachbearbeiter, wie die Polizei und den Landesbetrieb, um Sachverhalte im Sinne der Verkehrssicherheit und der Kamener Bürger/Einwohner zu regeln.

- 8.2.3 Herr **Kloß** erkundigte sich nach dem Sachstand am Verbindungsweg von der Einsteinstraße zur Straße In der Kaiserau.

Herr **Koßmann** teilte mit, dass der Bereich nach Bau der Parkplatzzufahrt auf der Einsteinstraße von der Polizeiinspektion Nord und der Verwaltung überprüft worden sei.

Aus Gründen der Schulwegsicherung muss an einem Durchfahrtsverbot von 7.00 bis 14.00 Uhr festgehalten werden.

Nach 14.00 Uhr sei geplant, die Einbahnstraßenregelung im Verbindungsweg aufzuheben.

gez. Günter Stahlhut
Vorsitzender

gez. Norbert Koßmann
Schriftführer

Anlagen

Verkehrsunfallentwicklung
Anlage zur Niederschrift